

## Strategische Verschiebungen 29.10.2015



BEIJING/BERLIN (Eigener Bericht) -

Auseinandersetzungen um Provokationen des US-Militärs begleiten die aktuelle China-Reise der deutschen Kanzlerin. Nach der Durchfahrt eines Zerstörers der U.S. Navy durch von Beijing beanspruchte Gewässer bei den umstrittenen Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer hat die chinesische Regierung

den US-Botschafter einbestellt. Der Konflikt wird, wie deutsche Regierungskreise ausdrücklich bestätigen, bei den heutigen Gesprächen von Angela Merkel in Beijing thematisiert; dabei ist mit Spannungen zu rechnen. Berlin ist ohnehin bereits in einer schwierigen Lage. Der Umbau der chinesischen Ökonomie weg von einem investitions- hin zu einem konsumgetriebenen Wachstumsmodell bringt Nachteile für die deutsche Industrie mit sich: "Deutsche Investitionsgüter und Automobile" würden nun in der Volksrepublik wohl "nicht mehr das bisherige Niveau des Nachfragewachstums erreichen", erläutert der China-Experte Sebastian Heilmann vom Mercator Institute for China Studies in Berlin. Gleichzeitig führe der Umbau der chinesischen Wirtschaft dazu, dass "die chinesische Nachfrage nach Zugang zu internationalen Finanz- und Devisenmärkten wie allgemein nach dienstleistungsbezogenem Know-how" stark wachse. In diesen Bereichen jedoch sei Großbritannien "viel besser aufgestellt als Deutschland". Es deute sich damit "eine strategische Verschiebung in den europäisch-chinesischen Beziehungen" an - weg von Berlin, hin zu London.

### Herausragender Wirtschaftspartner

Im Zentrum von Merkels China-Reise steht - wie in der Vergangenheit - vor allem der Ausbau der ökonomischen Beziehungen. Die Volksrepublik hat im Lauf der vergangenen Jahre und Jahrzehnte eine ganz erhebliche Bedeutung für die deutsche Wirtschaft erlangt. Das Land war 2014 größter außereuropäischer Handelspartner der Bundesrepublik noch vor den USA und zweitgrößter Investitionsstandort jenseits der EU nach den Vereinigten Staaten; die unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen deutscher Firmen in China übersteigen inzwischen diejenigen in Italien oder Frankreich deutlich und mit weiter steigender Tendenz. Regierungskreise beziffern die Zahl deutscher Unternehmen, die in China Geschäfte machen, auf rund 5.000. In dem Land erzielten sie zwischen fünf und zehn Prozent ihres Gesamtumsatzes, heißt es in Berlin; Autokonzerne setzten in China sogar bis zu einem Drittel ihrer Produktion ab. Ein Beleg für die Bedeutung, die Autofirmen der Volksrepublik beimessen, ist, dass der neue VW-Chef Matthias Müller die Kanzlerin nach Beijing begleitet. Der Absatz von Volkswagen in China ist im ersten Halbjahr 2015 um 70.000 Autos eingebrochen, deutlich stärker als in Russland; dies ruft in der Wolfsburger Konzernzentrale spürbare Sorgen hervor.

### Strukturwandel in China

Sorgen bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen bestehen in Berlin ohnehin. Die Volksrepublik ist schon seit geraumer Zeit dabei, ihre Ökonomie systematisch von einem investitions- auf ein konsum- und dienstleistungsgetriebenes Wachstumsmodell umzustellen. Dies geht mit dem Aufstieg von der Lowtech- zur Hightech-Produktion und mit einer systematischen Anhebung der Einkommen und des Lebensstandards der Bevölkerung einher. Für die deutsche Industrie sei das relativ ungünstig, erläutert der China-Experte Sebastian Heilmann, Direktor des Mercator Institute for China Studies (MERICS) in Berlin: Aufgrund der "sich verändernden Wirtschaftsstruktur in China" lasse "die Nachfrage nach Industriegütern" im Ausland erkennbar nach.[1] Auch "deutsche Investitionsgüter und Automobile" würden daher "in China nicht mehr das bisherige Niveau des Nachfragewachstums erreichen", warnt Heilmann: "Deutsche Unternehmen und Investoren" müssten "angesichts dieser Strukturkrise ihre Strategien grundsätzlich anpassen". Tatsächlich schlagen sich die Veränderungen bereits deutlich in der deutschen Außenhandelsstatistik nieder: Während die deutschen Importe aus der Volksrepublik im laufenden Jahr um mehr als ein Sechstel gegenüber dem

Vorjahreszeitraum anstiegen, stagnierten die Ausfuhren. Für die exportfixierte deutsche Industrie ist das ein schwerer Schlag.

### **London statt Berlin**

Hinzu kommt, dass der strukturelle Umbau der chinesischen Ökonomie, wie Heilmann erklärt, "eine strategische Verschiebung in den europäisch-chinesischen Beziehungen" beinhaltet, "die Deutschland empfindlich treffen kann". Mit seinem Maschinenbau und seinen Autoherstellern sei die Bundesrepublik "mehr als ein Jahrzehnt lang ... der Ankerstaat für das chinesische Engagement in Europa" gewesen, bilanziert der China-Spezialist: "Die Kanzlerin und ihre Regierung wurden von chinesischer Seite regelrecht umworben."<sup>[2]</sup> In der Tat entfallen zur Zeit 30 Prozent des gesamten europäisch-chinesischen Handelsvolumens auf die Bundesrepublik. Nun aber lasse "die Nachfrage nach Industriegütern auf chinesischer Seite nach"; gleichzeitig nehme "die chinesische Nachfrage nach Zugang zu internationalen Finanz- und Devisenmärkten wie allgemein nach dienstleistungsbezogenem Know-how stark zu". "In dieser Hinsicht ist Großbritannien einfach viel besser aufgestellt als Deutschland und kann die gewaltige chinesische Nachfrage besser bedienen", erläutert Heilmann. In der vergangenen Woche hat sich der chinesische Präsident Xi Jinping mehrere Tage lang zu einem Staatsbesuch in London aufgehalten und den Ausbau der chinesisch-britischen Wirtschaftsbeziehungen angesprochen. "Plötzlich zieht Großbritannien mit einer hyperaktiven China-Politik an Deutschland vorbei", urteilt Heilmann: "London übernimmt (innerhalb der EU, d. Red.) die führende Rolle in den Beziehungen zu China." Dies basiere "ganz wesentlich" auf den "veränderten chinesischen Interessen".

### **Provokationen**

Während Bundeskanzlerin Merkel sich nun in Beijing bemüht, die deutsche Stellung in der Volksrepublik gegen die britische Konkurrenz zu konsolidieren, haben die Vereinigten Staaten Provokationen im Südchinesischen Meer gestartet.<sup>[3]</sup> Dort streiten sich China und mehrere Länder Südostasiens um diverse Inseln und Inselgruppen. China hat vor geraumer Zeit begonnen, einige Inseln aufwendig auszubauen - Ähnliches hatten zuvor auch Vietnam und Taiwan getan - und sie teilweise für eine militärische Nutzung vorzubereiten. Am Dienstag hat nun ein US-Zerstörer ein von Beijing beanspruchtes Seegebiet bei den Spratly-Inseln durchquert. Einziger Zweck der Durchfahrt des Zerstörers durch die Gewässer ist es gewesen, sich Beijing und seinen Ansprüchen zu widersetzen. Die Provokation hat zu diplomatischen Auseinandersetzungen geführt; die chinesische Regierung hat den US-Botschafter einbestellt. Wie Berliner Regierungskreise bestätigen, wird Kanzlerin Merkel bei ihren Gesprächen in der chinesischen Hauptstadt auch die Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer thematisieren. Weil kaum zu erwarten ist, dass die Kanzlerin sich vom wichtigsten NATO-Verbündeten Deutschlands distanziert, ist hinsichtlich der Affäre um den US-Zerstörer mit gravierenden Dissonanzen zu rechnen.

### **Strategisch nicht zentral**

Dabei hat sich erst kürzlich die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in durchaus distanzierter Form zu dem Inselstreit geäußert. Für die Stiftung hat der Major i.G. der Bundeswehr Christian Becker "die militärstrategische Bedeutung des Südchinesischen Meeres" untersucht. Er kommt in einer Analyse zu dem Schluss, Militärstützpunkte auf den Inseln im Südchinesischen Meer brächten Beijing allenfalls "magere militärische Vorteile" ein, während sie im Kriegsfall "entweder unter Inkaufnahme eines herben Gesichtverlustes aufgegeben oder unter hohem Risiko ... verteidigt werden" müssten.<sup>[4]</sup> Die in auch in deutschen Medien verbreitete Auffassung, es handle sich beim Bau der dortigen Stützpunkte um die "Vorstufe einer groß angelegten militärischen Machtprojektion in Südostasien", entbehre daher jeglicher Logik. Noch am ehesten böten die Stützpunkte China die Chance, "durch Aufklärung fremder Waffensysteme" - etwa von US-Zerstörern, die im Südchinesischen Meer kreuzen - "wichtige Erkenntnisse über ihre technischen Eigenschaften zu gewinnen". Vieles spreche jedoch dafür, dass "den chinesischen Maßnahmen zum Ausbau der Inseln ... ein eher defensives, auf Bewahrung des Status quo zielendes Kalkül zugrunde" liege. Um eine Eskalation des Konflikts zu verhindern, rät Becker dringend dazu, "alle Konfliktparteien zu einer möglichst rationalen Beurteilung der Lage zu bewegen": "In einem ersten Schritt sollte die europäische Politik ... von dem Narrativ einer entscheidenden strategischen Bedeutung der umstrittenen Inseln Abstand nehmen, das vor allem medial vermittelt wird."<sup>[5]</sup>

Mehr zum Thema: [Deutschland im Inselstreit](#) , [In einer bipolaren Welt](#) , [Deutschland](#)

[im Inselstreit \(II\)](#) , [Mit gespaltener Zunge \(I\)](#) und [Mit gespaltener Zunge \(II\)](#) .

[1], [2] Merkels China-Reise: "Deutschland verliert in den Beziehungen zu China an Boden -  
Wirtschaftliche Abkühlung und diplomatische Ernüchterung". [www.merics.org](http://www.merics.org).

[3] Peking empört sich über amerikanischen Zerstörer. Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.10.2015.

[4], [5] Christian Becker: Die militärstrategische Bedeutung des Südchinesischen Meeres.  
SWP-Aktuell 82, September 2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)